

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

/NWII/157

Bonn, den 2. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	Schlechte Argumente Ulbrichts Schandmauer und die "Agentenzentralen"	35
2a	Sowjet-Besuch in der Bundesrepublik Generalleutnant Jakubowskis Reise nach Heidelberg Von Eberhard Zachmann - Berlin	75

Unsere Auslandsberichte:

3 - 4	Keine Wünsche Jugoslawiens an die Bundesrepublik Wie Belgrad die Wiedergutmachungsansprüche an Bonn sieht Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	54
5 - 6	Chruschtschow vermisste "deutsche Schweinewurst" Nikita zu Besuch bei einer sowjetdeutschen Kolchose Von Rudolf Hornig	62

\* \* \*  
\* \* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

Schlechte Argumente

Ulbrichts Schandmauer und die "Agentenzentralen"

sp - Der von Pankow jetzt wieder angeheizte Nervenkrieg wird - wie seit jeher - mit schlechten Argumenten geführt. Diesmal widerspricht sich Pankow in seinen Angriffen auf das freie Westberlin derart auffällig, daß selbst harmlose Gemüter merken müssen, wie schwer es Ulbricht fällt, immer wieder etwas Neues zu erfinden.

Nach dem Bau der Schandmauer in Berlin am 13. August 1961 hieß es in den SED-Zeitungen, jetzt könne die "friedliche DDR endlich im Schutze der Mauer den Sozialismus aufbauen, ohne von den Agenten des Kapitalismus, die in Westberlin ihren Sitz haben, gestört zu werden." Das ganze Volk in der "DDR" müsse Ulbricht dankbar sein, daß er nunmehr durch die Errichtung der Mauer "eine Insel des Friedens und des sozialistischen Aufbaus in der Mitte Europas" geschaffen habe.

Mit ähnlichen Argumenten operierte die Pankower Propagandamaschine auch im Ausland; besonders in den neutralen Staaten, wo Broschüren und Flugblätter verteilt wurden, die alle als Motiv für die Errichtung der Schandmauer die angebliche Agentenabriegelung hervorheben.

Jetzt ist ein Jahr vergangen und eigentlich müßte sich seither in der "DDR" der Aufbau ungehindert von westlichen Agenten vollziehen können. Das tut er - der Aufbau - aber keineswegs. Nach wie vor rutschen die Produktionsziffern abwärts, die Ernährungsschwierigkeiten werden größer und das ganze sogenannte Plangefüge ist durcheinander geraten. Die Lieferungsverträge der ostzonalen Industrie mit mehreren Ostblockstaaten sind auch im vergangenen Jahr nicht erfüllt worden.

In der neuen "DDR-Denkschrift" zur Rechtfertigung eines separaten Friedensvertrages werden jedoch wieder alle alten Agenten-Argumente hervorgeholt, die noch vor einem Jahr zur Begründung des Baues der Schandmauer gedient hatten. Jetzt heißt es, an die 90 Agentenzentralen hätten sich in Westberlin etabliert und "stören von dort aus den friedlichen Aufbau des Sozialismus in der DDR".

Wenn man dies und ähnliches liest, muß man sich immer wieder fragen, wie lange sich Herr Chruschtschow noch die Märchen von Ulbricht erzählen läßt. Schließlich gibt es auch in Moskau einige Leute, denen es auffallen müßte, daß Ulbricht nun schon seit Jahren mit falschen Behauptungen seine politische Existenz zu rechtfertigen versucht.

## Sowjet-Besuch in der Bundesrepublik

### Generaloberst Jakubowskis Reise nach Heidelberg

Von Eberhard Zachmann - Berlin

Wenn der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Generaloberst Jakubowski, demnächst in Begleitung hoher Offiziere seines Stabes nach Heidelberg reisen wird, um - wie aus amerikanischen Quellen verlautet - einen "Höflichkeitsbesuch" bei seinem amerikanischen Kollegen abzustatten und anschließend in gleicher Mission in das Hauptquartier des Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte weiterzufahren, erhebt sich die Frage, ob es sich bei diesem Besuch tatsächlich nur um eine Geste der Höflichkeit handelt.

Gewiß, für Fragen der Deutschland-Politik oder auch nur für Berlin-Probleme sind die Militärs nicht zuständig. Aber ist nicht schon die Tatsache, daß sich - wie in Westberlin bekannt geworden ist - General Jakubowski seit einiger Zeit um die Anbahnung von Kontakten zu den westlichen Militärspitzen in Deutschland bemüht, ein politisches Faktum? Der Vorgang ist um so auffälliger, als von Moskau in offiziellen oder halb-offiziellen Verlautbarungen der Abzug der westlichen Truppen aus Berlin stärker denn je gefordert wird.

### Präzedenzfälle

Es gibt Präzedenzfälle dafür, daß bei solchen "Höflichkeitsbesuchen" zwischen Sowjets und Amerikanern z.B. aktuelle Berlin-Fragen erörtert worden sind. Vor mehreren Monaten trafen sich der amerikanische Oberkommandierende Clark und General Konjew im sowjetischen Hauptquartier in Wünsdorf und im Haus der US-Militärmission in Potsdam, wobei u.a. auch die Frage besprochen wurde, ob und wie die gegenseitigen Besuchsverbote, die der US- und sowjetische Kommandant für ihre Berliner Sektoren verhängt hatten, wieder aufgehoben werden könnten. Daß die Gespräche in diesem Punkt erfolglos blieben, ist für die Sowjets kein Grund, Kontakte zu vermeiden.

Wenn sich General Jakubowski gerade zum jetzigen Zeitpunkt in Heidelberg und Baden-Baden angemeldet hat - ein Treffen mit dem britischen Oberkommandierenden soll später in Berlin stattfinden - so liegt wohl die Vermutung nahe, daß die Sowjets irgendetwas "auf der Zunge" haben, das sie in den Gesprächen mit den westlichen Kollegen gerade jetzt anbringen möchten.

Ohne Zweifel kann sich das nur um Berlin handeln. Die Sowjets bevorzugen diese hohe "gesamtdeutsche" militärische Gesprächsebene von der Überlegung ausgehend, sie könnten auf diese Weise auch über Berlin sprechen, ohne damit von ihrem Standpunkt abrücken zu müssen, daß in Berlin selbst keine gemeinsame Verantwortung der vier Mächte mehr besteht.

### In Erwartung eines "Sowjet-Kommentars" ?

Vielleicht ist die in Westberliner alliierten Kreisen laut gewordene Ansicht zutreffend, General Jakubowski wolle möglicherweise einen Kommentar zu den neuen sowjetischen Forderungen in der Berlin-Frage ge-

ben. Schon der Besuch in Heidelberg selbst könnte als eine Andeutung verstanden werden, daß die Sowjets mit ihrem Verlangen nach der Räumung Westberlins keineswegs gewillt seien, Aktionen durchzuführen, die zu militärischen Komplikationen führen könnten; daß also kein Grund zur Aufregung auf westlicher Seite bestehe.

Jakubowskis Besuch in Heidelberg gibt den Amerikanern die Chance auch von sich aus einige militärische Fragen anzuschneiden. Da sind zunächst die in den letzten Tagen wieder beobachteten Störflüge in zwei der Berliner Luftkorridore. Diese Flüge sind an sich kein Forum; neu ist lediglich, daß sie künftig die Sowjets offensichtlich nicht mehr vorher der interalliierten Luftsicherheitszentrale in Berlin ankündigen wollen. Das stellt ohne Zweifel eine Verletzung der zwischen den vier Mächten getroffenen Vereinbarungen dar.

#### "Integrierte Manöver"

Ein anderes Problem, das rein militärischer Natur, aber deshalb keineswegs ohne beträchtliche politische Bedeutung ist, sind die Pläne, in nächster Zeit in der Sowjetzone erstmalig integrierte Manöver durchzuführen, an denen Truppen der Sowjets, der "Nationalen Volksarmee", aber auch polnische und tschechoslowakische Truppenverbände in größerer Stärke teilnehmen sollen. Diese integrierten Manöver, die nach den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen künftig verboten sein sollen, müssen schon deshalb im großen politischen Zusammenhang der Berlinfrage gesehen werden, weil erst im Juni der Konsultativrat der Warschauer Pakt-Staaten demonstrativ die Berlin- und Deutschlandfrage zu einer Angelegenheit eigener gemeinsamer Kompetenz erklärt hat.

Auch was die Sicherheit Westberlins selbst betrifft, gibt es für das US-Oberkommando die Möglichkeit, einige konkreten Fragen an General Jakubowski zu stellen. Vor nicht allzu langer Zeit kamen Teile einer sowjetischen Militäreinheit mit der S-Bahn nach Westberlin, um in dem der kommunistischen Reichsbahnverwaltung unterstehenden Reichsbahnausbesserungswerk Tempelhof ein Konzert zu geben. Die amerikanischen Militärbehörden erblickten in diesem Vorgang einen sehr ernst zu nehmenden Fall, der zu gemeinsamen Untersuchungen der militärischen Stellen der Westmächte geführt hat, wie künftig durch Kontrollmaßnahmen auf dem S-Bahngelände ein unkontrollierter Zugang von Ost- nach Westberlin unterbunden werden kann.

+ + +

Neue Wünsche Jugoslawiens an die Bundesrepublik

Wie Belgrad die Wiedergutmachungsansprüche an Bonn sieht  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nach den handelspolitischen Ansätzen Belgrads, die Beziehungen zur Bundesrepublik neu zu regeln, hat die jugoslawische Regierung auch in einem anderen Bereich die Initiative ergriffen. Die Bundesregierung ist unlängst in einer Note gebeten worden, für jugoslawische Staatsbürger, die während der Kriegszeit Opfer des faschistischen Terrors geworden waren, Entschädigungen zu gewähren. Es handelt sich dabei in erster Linie um Wiedergutmachung für Insassen deutscher KZ-Lager, wie sie bereits Frankreich, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Österreich und Israel gewährt worden ist.

400 Millionen DM

Wie im Belgrader Außenministerium zu erfahren war, denkt Jugoslawien an eine Minimalabfindung von rund 400 Millionen DM. Dies würde der Summe entsprechen, die an Frankreich gezahlt worden ist, wenngleich Jugoslawien seine tatsächlichen Verluste sogar höher einschätzt. In der überreichten Note jedoch ist eine präzise Zahl nicht genannt worden. Denn die Höhe der Entschädigungen, die nicht an die betroffenen Personen direkt zu entrichten wäre, die von der jugoslawischen Regierung bereits entschädigt worden sind bzw. noch laufende Unterstützung erhalten, soll selbstverständlich Verhandlungsgegenstand sein.

"Jugoslawien gehört zur Westgruppe"

Im Belgrader Außenministerium gibt man sich optimistisch. Man sehe keinen Grund, argumentiert man, warum die Bundesregierung das jugoslawische Ansinnen abschlagen sollte. Daß ein ähnliches Verlangen nicht gleichzeitig an die Regierung in Pankow gerichtet worden ist, erklärt man unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen. Darin sei Jugoslawien bezüglich Reparationen und Wiedergutmachungen in die Westgruppe eingeteilt worden, für die ausschließlich die einstigen westlichen Besatzungszonen, also die heutige Bundesrepublik, verantwortlich ist. Damit glaubt man den möglichen Widerspruch aufgelöst zu haben, Belgrad

verneine, wenn es um hartes Geld geht, die Existenz zweier deutscher Staaten, was es sonst nicht tue.

Daß die fehlenden diplomatischen Beziehungen zu Bonn eine Regelung des Problems erschweren könnten, möchte man in der jugoslawischen Hauptstadt nicht wahrhaben. Vielmehr beruft man sich darauf, daß diese Art von Entschädigungen an die genannten Staaten seitens der Bundesregierung erst nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien gewährt worden sei, woraus hervorgehe, Belgrad habe seine Forderungen ja gar nicht früher anmelden können.

#### Und Pankow?

In Belgrader politischen Kreisen ist man der Meinung, daß die moralische Verpflichtung der Bundesrepublik, wenigstens etwas von dem unermesslichen Leid gutzumachen, das mit dem Weltkrieg über Jugoslawien hereinbrach, eigentlich über allen politischen Opportunitäts Erwägungen stehen sollte. Aber selbst - so wird in Belgrad argumentiert - wenn in Anbetracht der fehlenden diplomatischen Kontakte diese Frage ins Kalkül gezogen werden sollte, wäre ein Bonner Entgegenkommen beachtlich. Seit mehr als zwei Jahren bemüht sich Belgrad nämlich vergebens, von Pankow gewisse Restitutionen zu erlangen, die nicht gemäß des Potsdamer Abkommens geregelt werden. Bei einer positiven Beurteilung des jugoslawischen Wiedergutmachungsverlangens erwartet man gewisse publizistische Effekte für die Bundesrepublik. In einer Zeit, da die jugoslawische Presse erstaunlich zurückhaltend und objektiv in deutschen Fragen berichtet - auch das Entschädigungsverlangen ist keineswegs propagandistisch aufgebauscht worden, was durchaus möglich gewesen wäre - wäre dies ein ganz besonderes Plus, das das Ansehen der Bundesrepublik bei weiten Teilen der jugoslawischen Bevölkerung nur positiv beeinflussen könnte.

Chruschtschow vermisste deutsche Schweinewurst

Nikita zu Besuch bei einer sowjetdeutschen Kolchose

Von Rudolf Hornig

In der Moskauer deutschen Wochenzeitung "Neues Leben", die jetzt 16seitig erscheint und zum Preise von 8 Kopeken unter den Sowjetdeutschen vertrieben wird, wurde die Kolchose Friedrich Engels schon wiederholt genannt. Sie liegt im Gebiet Kustanai in der sibirischen Neulandregion und scheint durchweg aus sowjetdeutschen Kolchosbauern zu bestehen. Unter den Kolchosmitgliedern tauchen ständig deutsche Namen auf und der Kolchosesvorsitzende heißt Jakob Z w i n g e r. Über die Kolchose werden immer wieder Berichte gebracht, weil sie als Musterkolchose gilt und in der Neulandregion mit ihren Leistungen Vorbild zu sein scheint.

Aus einem Notizbuch des Vorsitzenden der Kolchose, das jetzt auszugsweise in der Moskauer deutschen Wochenzeitung veröffentlicht wurde, erfährt man, daß Chruschtschow die Kolchose besucht hat, und daß sie ihm für ihre weitere erfolgreiche Arbeit überaus wertvolle Anregungen verdankt. Man spürt es förmlich aus diesem Bericht, wie sich der Verfasser bemühte, die Bedeutung Chruschtschows als eines landwirtschaftlichen Anregers herauszustellen und den Lesern der Zeitung zu zeigen, daß auch sie, die stets gelobten sowjetdeutschen Musterkolchosbauern, von Chruschtschow noch etwas lernen können. Es ist "public-relation" in höchster Vollendung, und es ist zugleich eine Lesebuchgeschichte, wie man sie im Russland der Zarenzeit auch nicht gefühlvoller hätte abfassen können.

Brot und Salz für Nikita

Als Chruschtschow die Kolchose besuchte, schreibt Jakob Zwinger in seinem Notizbuch, das sich jetzt so gut für die agrarische Werbung unter den Sowjetdeutschen eignet:

"Der Chef der Sowjetregierung und Erste Sekretär des ZK der KPdSU war am Ende des Sommers im Kolchos. Auf den großen Feldern der Wirtschaft schoß das Korn in die Ähren und verhielt eine gute Ernte. Nikita Sergejewitsch besichtigte einen Teil der Felder und das Zentralgehöft des Kolchos. Hier, vor dem Kontor des Kolchosvorstandes, brachten die ältesten Kolchosbauern Christian L a u k a r t und Ludwig S c h w a b dem willkommenen Gast Brot und Salz dar. Dann unterhielt sich Nikita Sergejewitsch auf dem kleinen Platz vor dem Klub freizügig und offenerzig mit den Deuten. Ihm gefiel, daß wir vorwiegend örtliche Baustoffe benutzten. Er machte auch kritische Bemerkungen: Es gibt kein Wassergeflügel, und es wird zu wenig Schweinefleisch produziert."

"Was seid ihr schon für Deutsche?"

Den wichtigsten kritischen Einwand brachte Chruschtschow jedoch scherzend vor, wie das Notizbuch verzeichnet. Chruschtschow sagte: "Was seid ihr schon für Deutsche, wenn ihr keine Schweinewurst habt?" Man kann sich die Enttäuschung Chruschtschows vorstellen, denn von den Russen werden die Deutschen als Wurstesser bezeichnet, genau so, wie die Amerikaner überzeugt sind, daß alle Deutschen Sauerkraut essen. Diesen "scherzhaften" Vorwurf hat allerdings die Kolchose Friedrich Engels nicht auf sich sitzen lassen, und sie hat sich sofort nach dem Besuch der Schweinezucht mit Energie angenommen. Sie kaufte von einer Sowchose 40 Zuchtsäue und weitere 20 Schweine aus dem Gebiet Kemerowo. Und es ging sofort "bergauf mit der Schweinezucht". Sie gehört jetzt zu den führenden Wirtschaftszweigen der Kolchose und "bringt großen Gewinn" ein.

Sieg auf der ganzen Linie

Spätestens an dieser Stelle des Berichts in der Moskauer Wochenzeitung über das Notizbuch des Kolchosvorsitzenden müssen ihre Leser es merken, worauf es heute in einer Kolchose ankommt, in der Sowjetdeutsche eine Rolle spielen. Sie haben sich um eine bessere Fleischproduktion zu kümmern und zeigen damit überdies auch, daß sie die Anregungen Chruschtschows zu beherzigen verstehen, der sogar der Musterkolchose Friedrich Engels zu einem neuen erfolg- und gewinnreichen Job verholfen hat. Die Kolchose erzeugt inzwischen auch Schweinewurst und widmet dem Anbau von Mais, Rüben und Bohnen größte Aufmerksamkeit - wie es Chruschtschow in seinen vielen Reden befahl. Nur dem Mais sei es zu verdanken, daß jede Kuh im Jahresdurchschnitt 2400 bis 2500 kg Milch gebe, und daß sich die Mast der Schweine so gut entwickelt.

\* \* \*

Zum Schluß vergißt das "Neue Leben", das von der "Prawda" jetzt schon im 6. Jahrgang herausgegeben wird, auch das Lob der Partei nicht. Denn: Jakob Zwinger gilt in seinem Rayon und im ganzen Gebiet Kustanai als erfahrener Leiter und als vorbildlicher Kommunist.

Er hat ja auch seinen Bos Chruschtschow vorbildlich empfangen.

- + +